agsZeitung

1. Januar 2023

CHF 6.40 www.sonntagszeitung.ch

Nr. 1 | 37. Jahrgang | AZA 8021 Zürich | Redaktion: 044 248 40 40 Aboservice: 044 404 64 40, contact.sonntagszeitung.ch Öffnungszeiten Wochenende von 8 Uhr bis 11 Uhr

Kultur-Kalender

Margot Robbie als «Barbie» und andere Highlights

Kultur — 57

Meteo

Wo ist der Winter, Herr Bucheli?

Schweiz — 7

Jahres-Horoskop

Künstliche Intelligenz deutet die Sterne

Gesellschaft — 48



Alpen Am Alpenhauptkamm gibt es







Die Schweiz wächst viel schneller als vergleichbare Länder

Zuwanderung Bald 9 Millionen Einwohner: Migration wird zu einem der grossen Themen im Wahljahr 2023.

Rico Bandle

Rechnet man die ständige und die nichtständige Wohnbevölkerung zusammen, dürfte die Schweiz in diesem Jahr die Schwelle von 9 Millionen Einwohnern überschreiten.

Eine Auswertung der SonntagsZeitung zeigt: Seit der Einführung der Personenfreizügigkeit wuchs die Schweizer Bevölkerung doppelt so schnell wie jene Grossbritanniens oder Frankreichs - und zwanzig Mal so schnell wie jene Deutschlands.

Die Entwicklung ist Ausdruck des Erfolgs: Die Wirtschaft floriert, die Lebensqualität ist hoch - Menschen aus aller Welt wollen in der Schweiz leben. «Die Leute stimmen mit den Füssen ab, und da erlebt die Schweiz eine enorme Zustimmung», sagt Wirtschaftshistoriker Tobias Straumann im Interview.

Die Folgen für Umwelt, Infra-Grünfläche wird zugebaut, der zugute.»

Verkehr stockt zunehmend, die CO2-Ziele zu erreichen, wird trotz grosser Sparbemühungen umso schwieriger. Entsprechend dürfte die Zuwanderung zu einem der grossen Themen des Wahljahres 2023 werden.

Gemäss Straumann ist die Bilanz gemischt: «Die Schweiz profitiert zweifellos von der Einwanderung, aber das ist mit Nachteilen und Kosten verbunden.» Die Befürchtung bei der Einführung der Personenfreizügigkeit, die Einwanderer würden Einheimischen die Jobs wegnehmen, hat sich als falsch erwiesen. Das Gegenteil ist eingetreten: Es entstand weder Arbeitslosigkeit noch Lohndumping, die Anzahl offener Stellen hat zugenommen.

Aber für die Schweiz sei die starke Einwanderung ein Nullsummenspiel, sagt Straumann: «Wir haben zwar Vollbeschäftigung, eine stabile Wirtschaft und Wachstum, aber der Wohlstand struktur und Zusammenleben pro Kopf wächst nur langsam sind frappant. Immer mehr und kommt längst nicht allen Schweiz — 2



Glosse

P.S. Was wird das Neue Jahr uns wohl bringen?

Immer schon wollten die Menschen wissen: Will I be pretty, will I be rich? Und immer schon lautete die Antwort: Que sera, sera. Whatever will be, will be. The future's not ours to see. DAS JAHRESHOROSKOP. Wassermann: Ihr Reiseföhn wird Ihnen ausgerechnet zum ungünstigsten Zeitpunkt ins Klosett fallen. Meiden Sie Reisen und ungünstige Zeitpunkte. Jungfrau: Wer jetzt einsam ist, wird es auch in Zukunft bleiben. Lasciate ogni sperenza. Lassen Sie alle Sperenzchen bleiben. Stier: Sie wollen es lieber gar nicht wissen? Eine kluge Entscheidung. Widder: Im chinesischen Horoskop wären Sie ein Schwein. No offense. Isso. Steinbock: Ihr Nachbar will die Waschküche befreien. Ist Ihnen der Tumbler das Blutvergiessen wirklich wert? Skorpion: Der Monat März bringt neue Herausforderungen. Die Steuererklärung wird fällig Krebs: Vorsorge ist wichtiger denn je. Besonders in den Monaten mit «R». Zwillinge: Auch in diesem Jahr sind Sie wieder ganz auf sich allein gestellt. Fisch: Es sind noch elf Monate bis Weihnachten. Da fällt niemandem eine Entscheidung leicht. Schütze: Widerstehen Sie dem Genderwahn. Es gibt in der Natur nur zwei Sternzeichen – Jungfrau und Wassermann (s.o.). Löwe: Die Novembergeborenen sollten Ihre Krankenkasse schon im Oktober wechseln. Waage: 2022 war Ihr Glücksjahr; mit einer Wiederholung sollten Sie besser nicht rechnen. 2023 werden Sie zwischen den Jahren eingeklemmt. Was danach geschieht, entnehmen Sie dem Jahreshoroskop 2024. Peter Schneider

450'000 Franken einer Seniorin sind einfach weg

Erwachsenenschutz Die Kesb Meilen ZH hatte zahlreiche kritische Hinweise erhalten, bevor sie einen Beistand für eine demente, verwitwete und vermögende alte Dame verpflichtete: Der Mann falle durch merkwürdiges Verhalten auf, sei spiel- und alkoholsüchtig und auf das Geld der Seniorin aus. Die Warnungen blieben folgenlos - die Kesb setzte den Beistand trotzdem ein. Von da an verschwanden vom Konto der über 80-jährigen, als sparsam geltenden Dame innerhalb von etwas mehr als zwei Jahren monatlich rund 17'000 Franken. Hinweise, wonach sie eingesperrt und isoliert wurde. Besuche nur unter Aufsicht des Beistandes erlaubt waren, alarmierten die Kesb nicht. Als der Beistand unerwartet verstarb, fehlten auf dem Konto insgesamt 450'000 Franken. Fokus — 18

Swiss und Rolex sind die Jobmacher 2023

Arbeitsmarkt Die grössten Arbeitgeber bauen die Zahl der Stellen aus.

2023 wird ein gutes Jahr für Schweizer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Deutlich mehr Firmen kündigen an, Stellen aufzubauen als zu streichen. Das zeigt eine exklusive Umfrage der SonntagsZeitung bei den grössten neunzig Arbeitgebern. 34 wollen die Zahl ihrer Arbeitsplätze ausbauen – nur vier stehen vor einem Abbau, der grosse Rest rechnet mit einer stabilen Stellenzahl.

Kein Unternehmen ist optimistischer als die Swiss. Die Fluggesellschaft kündigt für das neue Jahr rund 1500 Neueinstellungen an. Der Bodenabfertiger Swissport, der schon im verganschuf, plant, den derzeitigen Personalbestand in der Schweiz bis im Sommer um weitere 800 bis 1000 Mitarbeitende zu erhöhen. Stellen aufbauen wollen auch der Flughafen Zürich und der Flugzeugwarter SR Technics.

Einen deutlichen Stellenaufbau wird es auch bei der Genfer Luxusuhrenmarke Rolex geben. Zu den grössten Jobvernichtern 2023 werden drei der grössten Arbeitgeber: Die Grossbank Credit Suisse hat angekündigt, bis 2025 in der Schweiz 2000 Stellen zu streichen. Die UBS, die bereits im vergangenen Jahr abbaute, will weiter Kosten sparen. Und der Pharmakonzern Novartis baut über die nächsten drei Jahgenen Jahr 475 neue Stellen re in der Schweiz bis zu 1400 Stellen ab. Wirtschaft — 35

Schweiz und Italien legen Grenzstreit bei

Folgen des Klimawandels Die Gletscherschmelze in den Alpen verändert die Landschaft - und den Grenzverlauf. Eine Berghütte bei Zermatt, die bisher auf italienischem Territorium stand, liegt neu in der Schweiz. Bereits im Jahr 2018 begannen die beiden Länder Diskussionen über den künftigen Verlauf der Landesgrenzen. Zuletzt trafen sich im November 2021 die Grenzkommissionen zu einem Austausch in Florenz. Offenbar wurde ein gutschweizerischer Kompromiss ausgehandelt. Die neue Grenze folgt weitgehend den bisherigen Grenzsteinen. Doch spart sie die betreffende Hütte aus, die damit weiterhin italienisch bleibt. Im Gegenzug erhält die Schweiz die nur wenige Kilometer entfernte Gobba di Rollin, den höchsten Punkt des Breithornplateaus. Schweiz — 9

Editorial

Wir müssen über unsere Grenzen reden

2023. Jetzt sind wir also in ein eidgenössisches Wahljahr gerutscht. Und bereits zeichnet sich ab, was den Wahlkampf inhaltlich dominieren wird – jedenfalls, wenn es nach der SVP geht. An ihrer Bad-Horn-Tagung Ende kommender Woche werden die Partei-Oberen aller Voraussicht nach die Themen Migration und Zuwanderung zuoberst auf die Themenliste setzen. Und wohl auch beschliessen, sich für eine neue Zuwanderungsinitiative zu engagieren.

Vor 20, 30 Jahren vermochte die Partei damit relativ leicht grosse Erfolge zu erzielen. Aber die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse haben sich seitdem stark verändert. Einerseits ist es für ein Land wie die Schweiz wegen vieler internationaler Abkommen und Verträge fast nicht mehr möglich, die Zuwanderung selbstbestimmt so zu steuern, wie es manchen lieb wäre. Und andererseits ist die Personenfreizügigkeit mittlerweile weitestgehend unbestritten - mindestens solange die Wirtschaft so brummt, wie sie es gerade tut. Mehr noch: Viele Branchen sehen die Lösung des Fachkräftemangels im Zuzug von qualifizierten Arbeitskräften aus dem Ausland.

Das alles ist der SVP natürlich bewusst. Deshalb verpackt sie ihre Zuwanderungs- als Nachhaltigkeitsinitiative. Und diese stellt ein paar durchaus bedenkenswerte Fragen. Wie nachhaltig ist die hohe Zuwanderung? Wer hat einen Nutzen davon, und wer trägt die Kosten? Und welchen Effekt haben die vielen Zuzüger auf endliche Ressourcen wie Landflächen und Energie, auf die CO2-Bilanz oder auf die Infrastruktur? Daraus könnte sich eine ebenso interessante wie nötige Diskussion über den Sinn von grenzenlosem Wachstum statt ausschliesslich über Einwanderung ergeben.

Da lohnt sich ein Blick nach Holland. Dort läuft eine solche Debatte bereits, weil sich das Land schon seit einiger Zeit im Modus der permanenten Überlastung befindet. Im September und Oktober strahlte das nationale Fernsehen eine mehrteilige Dokuserie aus. Titel: «Nederland is vol» (Die Niederlande sind voll). Darin kommt zum Ausdruck, was viele im Land empfinden, nämlich dass es von allem zu viel gibt: Bewohner, Tiere, intensive Landwirtschaft, verbaute Flächen, Verkehr, Emissionen, Unternehmen.

Der Journalist Sander Heijne, einer der Autoren der Serie, schrieb dazu in der Zeitung «De Volkskrant»: «Wir haben in den vergangenen 70 Jahren eine grössere Wirtschaft geschaffen, als unser Land ertragen kann.» Das sieht auch die «Financial Times» so. Die Niederlande seien wohl «das erste Land, das die Grenzen des Wachstums erreicht hat», schrieb die Zeitung Ende Oktober. Es sei «überentwickelt» und «zu gut an die Globalisierung angepasst».

Was tun die Niederlande dagegen? Viele Ideen werden verhandelt, manche auch umgesetzt. Dazu gehören Klassiker wie Regulierung der Zuwanderung, verdichtetes Bauen und ein Tempolimit auf Autobahnen. Aber auch Neuerungen wie Programme, um mehr Frauen in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Oder der Verkauf von limitierten «Stickstoff-Lizenzen» an alle, die den Boden stark belasten – sei es durch intensive Landwirtschaft oder durch Zubetonierung.

Generell versucht man in Holland, das ungebremste Wachstum zu verlangsamen, sogar gewisse Teile der Wirtschaft gesundzuschrumpfen. Ganz im Sinne des liberalen früheren Innenministers Johan Remkes, der schon 2020 sagte: «Alles überall zu machen, ist unmöglich.»

Das bedeutet auch: Nicht alles, was möglich ist, soll auch gemacht werden. Und solche Überlegungen werden auch bei uns angestellt. In der Zürcher Agglomerationsgemeinde Schwerzenbach wollte der Gemeinderat letztes Jahr die Bau- und Zonenordnung teilrevidieren. An der von der Lokalpresse als «denkwürdig» beschriebenen Gemeindeversammlung im März waren dann aber diejenigen in der Mehrheit, die vor einem zu starken Wachstum der Gemeinde warnten. Die Vorlage ging an den Absender zurück.

Klar, Schwerzenbach taugt nur sehr bedingt als Beispiel für die ganze Schweiz. Aber dennoch sollten wir national aushandeln, wo die Grenzen des Wachstums sind. Ohne in immer gleiche ideologische Denkmuster zu verfallen. Und ohne vorschnell rote Linien zu ziehen. Es geht um zu viel. Um die Zukunft des Landes, weit über 2023 hinaus.

Thomas Speich, Redaktionsleiter



thomas.speich@sonntagszeitung.ch www.facebook.com/sonntagszeitung

1. Die Gesellschaft verändert sich

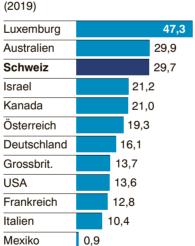
Rund 30 Prozent der Einwohnerinnen und Einwohner hierzulande sind nicht in der Schweiz geboren. Die Schweiz nimmt damit einen Spitzenplatz ein. In Europa ist der Anteil nur im Kleinstaat Luxemburg höher. Global gesehen liegen die reichen Golfstaaten Katar und Vereinigte Arabische Emirate mit zum Teil über 80 Prozent Migranten an der Spitze. Sie sind allerdings alles andere als repräsentativ - insgesamt spielt die Migration eine viel geringere Rolle als oft vermutet: Nur 3,5 Prozent der Weltbevölkerung leben ausserhalb ihres Geburtslandes.

In der Schweiz sind die gesellschaftlichen Auswirkungen der Einwanderung frappant. An gewissen Schulen in Agglomerationsgemeinden reden über 80 Prozent der Schüler zu Hause kein Deutsch, was die Lehrpersonen vor grosse Herausforderungen stellt. Zwar ziehen auch viele Hochqualifizierte und Vermögende in die Schweiz, sie sind unter den Einwanderern aber klar in der Minderheit. Die Erwerbslosenquote von Menschen mit Migrationshintergrund ist total mehr als doppelt so hoch als von jenen ohne (8 Prozent gegenüber 3 Prozent). Wobei je nach Herkunft die Abweichungen sehr gross sind. Bei Staatsangehörigen afrikanischer Länder beträgt die Sozialhilfequote 34,6 Prozent (2020); bei Angehörigen von EU/Efta-Staaten 2,7 Prozent, was nur unwesentlich höher ist als bei Schweizer Bürgern.

Wie stark sich die Schweiz hin zu einem multikulturellen Schmelztiegel entwickelt, zeigt auch die Hochzeitsstatistik. Bei weniger als der Hälfte der Eheschliessungen haben sowohl die Braut als auch der Bräutigam einen Schweizer Pass.

Fast ein Drittel ist nicht in der Schweiz geboren

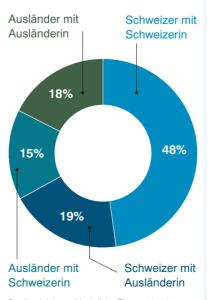
Anteil Bewohner, die nicht im Land auf die Welt gekommen sind



Grafik: rb / Quelle: OECD

Hochzeiten unter Schweizern in der Minderzahl

Eheschliessungen im Jahr 2021



Da die gleichgeschlechtliche Ehe erst 2022 eingeführt wurde, ist sie hier noch nicht enthalten

Grafik: rb / Quelle: BFS

Willkommen in der 9-Millionen-Schweiz

Zuwanderung Die Zahl der Menschen im Land steigt weiterhin rasant. Was bedeutet das für die Bevölkerung, die Infrastruktur, die Umwelt? Eine Übersicht.

Rico Bandle

Die Schwelle hat hohe Symbolkraft: In diesem Jahr dürfte die Schweiz 9 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner erreichen. Am letzten offiziellen Stichtag Ende September lag die Zahl der ständigen und nicht ständigen Bevölkerung bei exakt 8'935'707 – die runde Zahl ist also in Sichtweite.

Die Schweiz erlebt seit der Einführung der Personenfreizügigkeit 2002 ein rasantes Bevölkerungswachstum. Die Einwohnerzahl nahm um 20 Prozent zu, das entspricht 1,4 Millionen Menschen. Ein Höchstwert in Europa: In Deutschland betrug die Zunahme im selben Zeitraum 1 Prozent, in Österreich 9, in Frankreich 10 Prozent.

Die Entwicklung ist in erster Linie Ausdruck des Erfolgs: Die Wirtschaft floriert, die Lebensqualität ist hoch – Menschen aus aller Welt wollen in der Schweiz leben und arbeiten.

Das Wachstum birgt allerdings auch politischen Zündstoff. Der Wohnraum wird knapp und teuer, die Infrastruktur stark beansprucht, die Integration zu einer Herausforderung. Die Migration dürfte im Wahljahr 2023 zu einem der dominierenden Themen werden. Die SVP hat bereits die Lancierung einer neuen Volksinitiative zur Begrenzung der Einwanderung angekündigt. Die Vorlage unter dem Titel Nachhaltigkeitsinitiative soll verhindern, dass die ständige Wohnbevölkerung in der Schweiz vor 2050 die Schwelle von 10 Millionen überschreitet.

Doch wie wirkt sich das starke Bevölkerungswachstum auf Land und Leute aus? Eine Auslegeordnung in fünf Punkten.

2. Wachstum in die Breite

Mehr Menschen bedeutet auch mehr Konsum. Davon profitiert die Wirtschaft. Tatsächlich war das Wirtschaftswachstum in der Schweiz in den letzten Jahren überdurchschnittlich hoch. Allerdings nur gesamthaft gesehen. Beim Pro-Kopf-Wachstum befindet sich die Schweiz unter den vergleichbaren Ländern nur im unteren Mittelfeld. Das bedeutet: Das Wirtschaftswachstum ist nicht in erster Linie auf eine niveau kaum erhöht.»

erhöhte Produktivität zurückzuführen, sondern vor allem auch auf die Bevölkerungszunahme.

Die NZZ kam kürzlich zum ernüchternden Fazit: «Die insgesamt rund 300'000 in der Schweiz zwischen Herbst 2017 und Herbst 2022 neu geschaffenen Vollzeitstellen - viele davon durch Zuwanderung – haben das allgemeine Wohlstands-

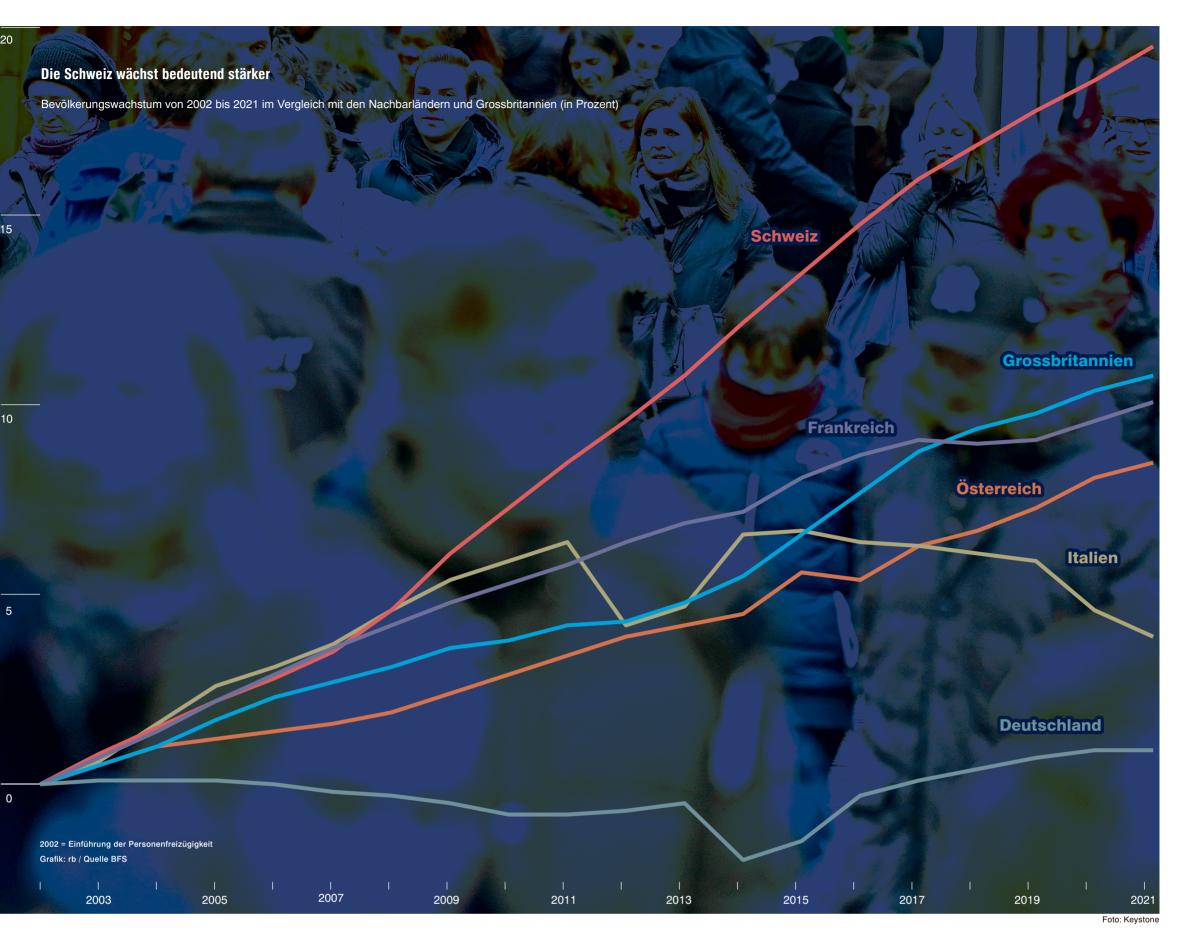
Beim Pro-Kopf-Wachstum ist die Schweiz Mittelmass

Durchschnittliches BIP-Wachstum 2010 bis 2019, in Prozent



Die Corona-Jahre 2020 und 2021 wurden weggelassen, da nicht repräsentativ

Grafik: rb / Quelle: Weltbank



3. Die Angestellten profitieren

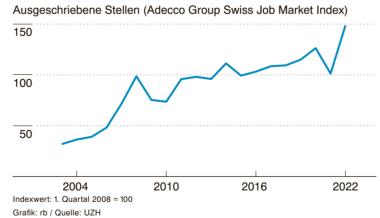
Einführung der Personenfreizügigkeit, die Einwanderer würmen, hat sich als falsch erwiesen. Das Gegenteil ist eingetreten: Die Anzahl offener Stellen hat sogar noch zugenommen. Der Fachkräftemangel ist trotz Zuwanderung höher denn je.

Davon profitieren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer: In vielen Branchen können sie sich die Jobs aussuchen. Da die Personenfreizügigkeit beidseitig gilt, ist auch ein Wechsel ins europäische Ausland ohne

Die grosse Befürchtung bei der grosse bürokratische Hürden möglich.

Das starke Jobwachstum ist den den Schweizerinnen und vor allem auf den öffentlichen Schweizern die Jobs wegneh- Sektor zurückzuführen. Von 2011 bis 2019 wuchs die Bevölkerung um 8,2 Prozent. Im selben Zeitraum nahm die Beschäftigung bei den privaten Unternehmen um 6,6 Prozent, bei öffentlichen Betrieben um 8,8 Prozent und im Sektor Staat um 12 Prozent zu. Ein starker Treiber ist dabei das Gesundheitswesen, das nicht nur wegen der Bevölkerungszunahme, sondern auch wegen der Alterung der Gesellschaft rasant wächst.

Trotz hoher Zuwanderung immer mehr offene Stellen



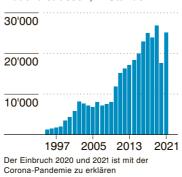
4. Infrastruktur an der Belastungsgrenze

Dass die Züge zu den Stosszeiten oft überfüllt, die Strassen verstopft, die Schwimmbäder im Sommer rappelvoll sind, ist nicht nur eine subjektive Empfindung, sondern lässt sich statistisch belegen. Die Anzahl Staustunden auf Autobahnen hat sich zum Beispiel seit 2002 mehr als verdreifacht. In Grenzregionen kommt die Verkehrsinfrastruktur nicht nur durch das Bevölkerungswachstum an den Anstetig wachsende Anzahl Grenzgänger. Deren Zahl hat sich in den letzten 20 Jahren mehr als verdoppelt und liegt heute bei 370'000.

Auch weniger sichtbare Bereiche sind betroffen. Der aktuelle Energie-Engpass zum Beispiel hängt zu einem gewissen Grad auch mit dem Bevölkerungswachstum zusammen. In den letzten 20 Jahren hat der Pro-Kopf-Verbrauch zwar abgenommen, die steigende Anzahl Nutschlag, sondern auch durch die zer hob den Rückgang allerdings wieder auf.

Der Verkehr stockt zunehmend

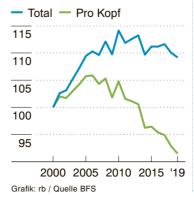
Durch Verkehrsüberlastung verursachte Staus auf Schweizer Nationalstrassen, in Stunden



Grafik: rb / Quelle: BFS

Bevölkerungswachstum hebt Stromsparbemühungen auf

Elektrizitätsverbrauch in der Schweiz seit 2000



5. Umwelt und Landschaft leiden

Wie sehr das Land in den letzten Jahrzehnten zugebaut wurde, ist in fast allen Regionen offensichtlich: Landauf, landab sind neue Wohnsiedlungen entstanden.

Die Schweiz gehört aufgrund ihrer Topografie seit jeher zu den Ländern mit dem kleinsten Anteil Ackerfläche pro Einwohner. Zwischen 2000 und 2021 sank dieser Anteil noch einmal um 20 Prozent; er beträgt nur noch 453 Quadratmeter pro Einwohner. Zum Vergleich: In Deutschland und Österreich liegt dieser Wert dreimal höher.

Auch auf die Klimaemissionen hat die Zuwanderung einen Einfluss. Gemäss Zwischenziel des Pariser Abkommens hätte die Schweiz 2020 ihre Emissionen gegenüber 1990 um 20 Prozent senken müssen. Dieses Ziel wurde knapp verfehlt. Pro Kopf sanken die Emissionen jedoch um 37 Prozent.

Pro Kopf würde die Schweiz die CO₂-Ziele erreichen

Reduktionsziel für 2020 von -20% gegenüber 1990 hat die Schweiz knapp verfehlt (-19%), pro Kopf übererfüllt (-37%).



Veränderung des Ausstosses an CO2-Äquivalenten seit 2020. Importbedingte Emissionen sind hier nicht enthalten Grafik: rb / Quelle BFS

Die Schweiz wird zugebaut

Entwicklung der Siedlungs- und Landwirtschaftsflächen 1985–2018

5 5				
	Nettozunahme in km² in		in P	rozent
Wohnareal			434 km ²	61%
Verkehrsflächen		158 km²		19%
Industrie- und Gewerbeareal		75 km²		41%
übriges Gebäudeareal		72 km²		14%
Erholungs- und Grünanlagen		66 km²		46%
Landwirtschafts-Fläche	-1'143 km²			-7%

Landwirtschaftsfläche geht im Flachland v. a. an Überbauungen verloren, im Gebirge an Wald. Grafik: rb / Quelle: BFS

«Man holt mehr Leute, als man effektiv braucht»

Hohe Einwanderung Demnächst dürfte die Schweiz die Marke von neun Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern überschreiten. Wirtschaftshistoriker Tobias Straumann über die Vor- und Nachteile des rasanten Wachstums.



Der Verkehr nimmt zu: Voller Zug in Zürich. Foto: Michael Buholzer (Keystone)

Rico Bandle

Herr Straumann, die Einwanderung ist ungebremst hoch. Ein Zeichen des Erfolgs?

Ja. Die Leute stimmen mit den Füssen ab - und da erlebt die Schweiz eine enorme Zustimmung. Es handelt sich aber nicht um eine ungetrübte Erfolgsgeschichte: Der Boden wird knapp, Kulturland und alte Bausubstanz werden zerstört, der Energiekonsum und der Verkehr nehmen zu. Es findet auch eine Umverteilung statt. Die grossen Gewinner sind die Immobilienbesitzer.

Ihre Bilanz ist also eher negativ. Sie ist gemischt. Die Schweiz profitiert zweifellos von der Einwanderung, aber das ist mit Nachteilen und Kosten verbunden.

Auf dem Arbeitsmarkt haben sich die Befürchtungen nicht bewahrheitet: Die Migranten nahmen den Einheimischen nicht die Jobs weg.

Das ist richtig. Es entstand keine Arbeitslosigkeit und dank was in einem Schneeballsystem der flankierenden Massnahmen nicht der Fall wäre. Die Zuwanauch kein Lohndumping. Es gibt aber Anzeichen einer Segmentierung des Arbeitsmarkts: Einheimische gehen immer mehr in herzuschieben. Man darf aber Berufe, in denen sie nicht voll auch nicht dramatisieren: Wir sitdem internationalen Wettbewerb zen nicht auf einer Zeitbombe.

ausgesetzt sind, vor allem in die Verwaltung, in staatsnahe Betriebe, in KMU. In den grossen Unternehmen sind sie hingegen untervertreten, vor allem im Kader.

Die Sozialwerke profitieren von der Zuwanderung. Man sagt, die AHV wäre ohne Einwanderung aus EU/Efta-Staaten bereits 2009 defizitär geworden.

Das ist nur ein kurzfristiger Effekt. Denn irgendwann werden die Zugewanderten auch pensioniert. Dank der Einwanderung gewinnen wir höchstens etwas Zeit, wir schieben die Probleme einfach etwas weiter hinaus. Aber wir werden um weitere Reformen nicht herumkommen, wir können die Demografie nicht überlisten.

Ist die Schweiz zu einer Art Schneeballsystem geworden? Ohne steten Zustrom von neuen

Leuten bricht alles zusammen? Das ist übertrieben. Die neuen Leute im Arbeitsprozess erschaffen ja durchaus einen Mehrwert, derung erlaubt uns nur, unpopuläre, aber nötige Massnahmen im Sozialsystem vor uns

Nächstes Jahr, so heisst es, schlittern wir in eine «Pro-Kopf-Rezession». Das bedeutet, die Wirtschaft wächst zwar insgesamt, pro Kopf aber schrumpft sie.

Das allein ist nicht so tragisch. Was uns mehr beunruhigen sollte, ist die langfristige Entwicklung. Die Wirtschaft sagt, sie brauche all die Fachkräfte, damit auch die Produktivität zunehmen kann. Das stimmt aber nicht, die Produktivität pro Mitarbeiter steigt in der Schweiz nur unterdurchschnittlich. Das heisst, man holt mehr Leute, als man effektiv braucht.



Würde eine Begrenzung der Einwanderung die Produktivität steigern?

Wenn wir das Pro-Kopf-Einkommen durch die Einwanderung steigern wollen, müssten wir gezielter rekrutieren, so wie das Kanada oder Australien machen. Dort holt man nur Leute, die man wirklich braucht. Bei uns ist die Immigrationsrate so hoch, dass die Zugewanderten durch die erhöhte Nachfrage nach Infrastruktur und Dienstleistungen automatisch einen neuen Fachkräftemangel verursachen. Wenn die Bevölkerung stark wächst, braucht es mehr Schulen, mehr

«Wenn wir das Pro-Kopf-Einkommen durch die Einwanderung steigern wollen, müssten wir gezielter rekrutieren.»

Tobias Straumann (56) Professor für Wirtschaftsgeschichte an der Universität Zürich Betreuung, mehr Beamte, mehr Verkehrsmittel. Weil das Bevölkerungswachstum hoch ist, fehlt kurzfristig das Personal, also zieht man wieder neue Leute nach. Seit der Einführung der Personenfreizügigkeit ist deshalb der Staatssektor inklusive staatsnaher Betriebe überdurchschnittlich gewachsen. Dies drückt stark

auf die Produktivität. Ist das ein Problem?

Es ist ein Nullsummenspiel. Wir haben zwar Vollbeschäftigung, eine stabile Wirtschaft und Wachstum, aber der Wohlstand pro Kopf wächst nur langsam und kommt längst nicht allen zugute. Die grosse Frage lautet:

Kann es mit diesem Wachstum ewig weitergehen?

Der Boden ist knapp, irgendwann wird es so teuer, hier zu wohnen, dass das Wachstum abflachen wird. Aber das kann noch lange dauern. Übrigens ist die Schweiz nicht allein mit diesem Problem.

Wo gibt es das noch?

Süddeutschland hat ähnlich vom Sozialstaat. hohe Zuwachsraten, zum Beispiel die Regionen um Stuttgart oder München. Allerdings haben die noch etwas mehr Platz als wir. Auch das österreichische Vorarlberg boomt. Wir erleben in lingen bereitet mir grosse Sorgen.

Europa etwas Ähnliches wie in den USA. Es gibt einige Regionen, die florieren – der Rest steigt ab, die guten Leute ziehen von dort weg. Für mich ist das eines der grossen Probleme der Personenfreizügigkeit auf europäischer Ebene: Jene, die verlieren, verlieren erst recht. Die Schweiz steht da auf der Gewinnerseite.

Trotzdem bleiben Sie kritisch.

Ich bin nicht einverstanden mit der Behauptung, dass die hohe Einwanderungsrate der Schweiz ökonomisch alternativlos ist. Nehmen wir das Beispiel Dänemark: Wegen der Sprachbarriere ist die Einwanderungsrate deutlich geringer als in der Schweiz. Trotzdem floriert das Land.

Während die Personenfreizügigkeit viele neue Arbeitskräfte brachte, funktioniert bei Flüchtlingen die Integration in den Arbeitsmarkt oft nicht. Trotz vieler offener Stellen bleibt ein Grossteil von ihnen auch nach Jahren abhängig

Das ist leider so. Die Behörden bemühen sich sehr, aber es bleibt eine unserer grössten Herausforderungen. Vor allem die Jugendarbeitslosigkeit unter den Flücht-

Verwirrende Botschaft aus dem Bundeshaus

Noch selten hat ein Bundesratsfoto so viele Fragen aufgeworfen, findet Mischa Aebi.

Eigentlich wollten Bundespräsident Alain Berset und der magistrale Hoffotograf mit dem aktuellen Bundeshausfoto ja nur Einigkeit demonstrieren und Sicherheit vermitteln. So steht es in der offiziellen Mitteilung. Das ist ihm gründlich misslungen. Auf dem Bild findet sich eine Reihe unheimlicher Symbole.

Warum wirbeln da Blätter wild durch die Luft? Flogen in der Landesregierung schon Stunden vor dem offiziellen Amtsantritt der beiden neuen Bundesräte Elisabeth Baume-Schneider und Albert Rösti bereits die Fetzen? Ist es nun endgültig vorbei mit einer geschlossenen Regierung?

Oder symbolisiert das Papier in der Luft Geldscheine, die keiner mehr will, weil sie bald wertlos sind? Stimmt uns die Regierung hier gerade auf eine anhaltende Inflation ein?

Und Bundespräsident Alain Berset? Er sitzt da, milde lächelnd in der Mitte der Tafelrunde, wie Christus auf Leonardo da Vincis berühmtem Wandgemälde «Abendmahl». Sieht er sich nun endgültig als göttliche Lichtgestalt? Wer wäre dann Judas, der ihn ans Messer liefert?

Ist es Zufall, dass Umweltminister Rösti, Verteidigungsministerin Viola Amherd und die neue Finanzministerin Karin



Bundesratsfoto 2023 (v. l.): Walter Thurnherr, Albert Rösti, Ignazio Cassis, Viola Amherd, Alain Berset, Guy Parmelin, Karin Keller-Sutter und Elisabeth Baume-Schneider. Foto: Bundeskanzlei

Keller-Sutter stehen und auf den Gesundheitsminister einreden? Machen sie ihm gerade klar, dass jetzt Militär, Umwelt und Geld wichtiger sind als die Behebung der Engpässe in den Spitälern?

Und was, bitte, soll dieser Kompass auf dem Tisch? Bei Menschen, die den Weg kennen, ist der ja in der Regel gut versorgt im Rucksack oder in der Hosentasche. Warum legt ihn die Regierung vor sich hin? Braucht sie ihn, weil sie die Orientierung nach Brüssel nun komplett verloren hat?

Am unheimlichsten ist aber die versteinerte Miene von Bundeskanzler Walter Thurnherr

(ganz links im Bild). Warum konnte der Fotograf ihm nicht einmal für den kurzen Augenblick des Knipsens ein gestelltes Lächeln entlocken? Man wird den Verdacht nicht los, dass der Kanzler etwas weiss, was wir nicht wissen. Etwas ziemlich Beunruhigendes.

Klar, es gäbe da auch eine optimistische Interpretation: Vielleicht sind die herumwirbelnden Blätter auch einfach Schneeflocken und der weisse Hintergrund eine gut präparierte Skipiste. Vielleicht sind ja die drei stehenden Bundesräte schon auf dem Sprung in die Winterferien. Und auch wir können endlich die Bretter schnallen.